

# Kritik an Plan für Flüchtlingsunterkünfte

Gesellschaft für Stadtentwicklung informiert Anwohner der Wörthstraße über Wohnbebauung

Ulrich Philipp



Umstrittenes Vorhaben: Die Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden (GSE) plant in der Wörthstraße Flüchtlingsunterkünfte zu bauen. Foto: Ulrich Philipp

**Baden-Baden.** Bewohner der Wörthstraße haben am Dienstagabend massive Kritik an den geplanten Wohnhäusern für Flüchtlinge in ihrem Quartier geäußert. Es war bereits die zweite Informationsveranstaltung der Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden (GSE) zum Thema. Dabei sprachen mehrere Teilnehmer von „überdimensionierten Plänen“, die die Interessen der Bestandsbewohner nicht berücksichtigten. Die geplanten viergeschossigen Gebäude seien „unzumutbar“ sagte ein Teilnehmer und kritisierte: „Als wir unsere Häuser hier gebaut haben, war von diesen Kästen hier nicht die Rede.“ GSE-Geschäftsführer Alexander Wieland hatte die Pläne vorgestellt, nach denen auf dem Grundstück zwischen der B 500 und „An der Sägemühle“ zwei jeweils viergeschossige Wohnblocks mit insgesamt 50 Wohnungen entstehen sollen.

„Es gibt eine grüne Einbettung.“

**Alexander Wieland**, GSE-Geschäftsführer

„Es gibt eine grüne Einbettung“, betonte Wieland und ergänzte: „Alle Wohnungen haben außenliegende Balkone.“ In den Wortmeldungen wurde deutlich, dass die Anwohner vor allem befürchten, weniger Sonnenlicht abzubekommen und durch ihre Fenster anstatt ins Grüne auf Beton blicken zu müssen. „Vier Stockwerke sind sehr hoch, das wird zu einer Wertminderung unserer Häuser führen, wenn wir da neben einer Wand wohnen“, sagte ein Teilnehmer und ein anderer wollte wissen: „Warum geht man nicht auf das freie Grundstück in der Stolzenbergstraße?“ Wieland erklärte hierzu, dieses Gelände sei nicht im Besitz der Stadt, genau wie ein früheres Hotel am Ooser Leo, das „dort verwahrlost“, wie der Teilnehmer erklärt hatte. Parkplätze sollen nach den Worten Wielands wahrscheinlich am nördlichen Rand des Grundstückes entstehen und der Wohnmobilhafen um zusätzliche acht Plätze erweitert werden. Eine Anwohnerin zeigte sich von dieser Ankündigung schockiert: „Im Innenraum soll es schon grün werden aber die Anwohner bekommen ein neues Parkdeck vor die Nase“, kritisierte sie und forderte einen Ortstermin mit den Planern anzuberaumen.

Ein weiterer Anwohner wollte wissen: „Wie soll die Zufahrt funktionieren, es ist ja jetzt schon sehr eng und fast permanent alles zugeparkt.“ Und eine Frau stellte klar, dass Kinder in der Einbahnstraße spielen und Gehwege gebaut werden müssten. Wieland legte hierzu dar, dass die GSE bereits mit den Verkehrsbetrieben und der Feuerwehr gesprochen hat. Demnach kann die Wörthstraße zu einer Spielstraße umfunktioniert werden, in der das Parken dann nur noch in dafür vorgesehenen markierten Flächen erlaubt ist.

Matthias Voigt vom städtischen Fachbereich Bildung und Soziales erklärte, dass etwa 900 Menschen aus der Ukraine in die Kurstadt geflüchtet sind und Wohnraum knapp ist. Etwa 150 Flüchtlinge sollen in die geplanten Häuser einziehen. Der Personenkreis umfasst dabei vor allem Menschen die berufstätig sind oder eine Ausbildung machen und deren Lebensmittelpunkt in Baden-Baden liegt. Außerdem sollen bevorzugt Mütter mit Kindern, Familien mit vier oder mehr Mitgliedern sowie Paare hier leben können.

„Die Menschen werden feste Ansprechpartner haben und von Sozialarbeitern begleitet“, kündigte Voigt an und er betonte: „Wir wählen die Bewohner so aus, dass sie sich integrieren können.“ Er reagierte damit auf Bedenken, es könnte wie in der Westlichen Industriestraße zu einer Ghettobildung kommen und Parallelgesellschaften entstehen. Wieland stellte ausdrücklich fest, dass die Pläne nicht in „Stein gemeißelt“ sind und der Gemeinderat letztendlich bestimmen muss, „wohin die Reise geht“. Er widersprach damit einem Teilnehmer, der erklärt hatte: „Das hier ist eine reine Alibiveranstaltung, es ist egal was wir sagen, wir finden bei ihnen kein Gehör“.